

Neu ist die Begründung, Freihandel sei im strategischen Interesse, sowohl um die Wirtschaft nach der Pandemie wieder anzukurbeln, als auch um die eigenen wertebasierten Standards zu setzen und so den Einfluss Chinas zurückzudrängen.

Widerstand jetzt – menschen- und klimagerechter Handel ist mit diesem Abkommen unmöglich!

Viele Menschen in den Mercosur-Staaten und in der EU, Nichtregierungsorganisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Entwicklungs- und Handelspolitik, kirchliche Hilfswerke, Gewerkschaften, Menschen aus der Klimabewegung, das Klima-Bündnis aus Städten und Gemeinden wenden sich grundsätzlich gegen das EU-Mercosur Abkommen und die Ausweitung von Konzernmacht. Sie fordern eine Handelspolitik, die den Weg zur klimaneutralen Wirtschaft einschlägt und die Wirtschaft mit den planetaren Grenzen in Einklang bringt, die ein weiteres materielles Wachstum nicht mehr zulassen.

Das »Abkommen in seiner jetzigen Form« wird inzwischen von einem Teil der Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament abgelehnt, die Bundesregierung steht aber weiterhin zu dessen »Geist und Intentionen«. Vor allem der Verband der deutschen Automobilindustrie warnt eindringlich vor einem Scheitern des Abkommens.

Die EU-Handelskommission arbeitet seit einiger Zeit daran, eine »Gemeinsame Erklärung« der beide Wirtschaftsblöcke auszuhandeln, in der sie ihre Handels- und Umweltverpflichtungen darlegen; Schwerpunkt sind Vereinbarungen zur Entwaldung und zu den Rechten indigener Völker. Die Zusagen in der Erklärung wären jedoch reine Augenwischerei, da sie die Probleme des Vertrags nicht lösen und mit keinerlei Sanktionsmöglichkeiten verbunden sind.

Attac-Forderungen zu Freihandels- und Investitionsschutzabkommen

- ▶ Das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur muss gestoppt werden.
- ▶ Handelspolitik muss Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz an erste Stelle stellen: Ökologische und soziale Regulierungen und Kooperation statt neoliberaler Globalisierung und Konkurrenz.
- ▶ Verhandlungsprozesse müssen transparent sein: Umfassende Unterrichtung des Europaparlaments und von Bundestag und Bundesrat gemäß Grundgesetz Art. 23.
- ▶ Keine Handelspolitik im Interesse von Konzernen: Keine Sonderklagerechte für Konzerne; Beendigung ihrer Straflosigkeit.

Unterstütze auch Du unsere Anliegen

- ▶ Weitere Informationen einholen
www.attac.de
- ▶ Newsletter, Facebook-Fanpage oder Twitter abonnieren
www.attac.de/handelsabkommen
www.attac.de/menschenrechte-vor-profit
- ▶ Infos an Freund*innen und Bekannte weitergeben
- ▶ EU-Mercosur muss Wahlkampfthema werden – Kandidaten ansprechen!
- ▶ Bei einer Attac-Gruppe mitarbeiten:
www.attac.de/regionalgruppen
- ▶ Unsere Arbeit mit einer Spende fördern!
www.attac.de/spenden

Weitere Infos und Möglichkeiten, aktiv zu werden, unter www.attac.de/mercosur



Politisches Engagement kostet Zeit und Geld – bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Attac Trägerverein e. V.

BIC: GENODEM 1 GLS

IBAN: DE57 43060967 0800100800

Konto-Nr.: 800 100 800

BLZ: 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

V.i.S.d.P.: Hanni Gramann, Attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN



Wie das Assoziierungsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU Menschenrechte, Demokratie, Umwelt- und Klimaschutz untergräbt



Menschen- und klimagerechter Handel – oder dieses Abkommen?

Das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen ist ein Vertrag zwischen der EU und den Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, den Mitgliedstaaten des »Mercado Común del Sur« (Mercosur, Gemeinsamer Markt des Südens); das Abkommen besteht aus den drei Säulen politischer Dialog, Kooperation und Handel.

Ende Juni 2019 haben die beiden Wirtschaftsblöcke – mehr als 20 Jahre nach Beginn der Verhandlungen – ihre politische Einigung über den Handelsteil verkündet. Seitdem befindet sich das Freihandelsabkommen in der juristischen Prüfung und wird auch in die Amtssprachen der EU übersetzt. Anschließend soll es dem Rat der EU und dann dem Europäischen Parlament zur Zustimmung zugeleitet werden. Da es sich um ein »gemischtes Abkommen« handelt, muss es danach von den Parlamenten der 27 EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

Die EU-Kommission will den Ratifizierungsprozess 2021 vorantreiben. Der Weg zum Inkrafttreten des Abkommens ist jedoch holperig: Bislang sind offiziell weder das Mandat aus dem Jahre 1999 noch die Teile des Assoziierungsabkommens zu politischem Dialog und Kooperation veröffentlicht; weder liegt der vollständige Text des Handelsteils vor noch die Endversion der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung (Sustainability Impact Assessment – SIA).

Wunschkonzert für Konzerne

Würde das Abkommen umgesetzt, entstünde eine Freihandelszone mit über 700 Millionen Menschen. Konzerne der EU profitieren vom Zollabbau durch erweiterte Absatzmärkte vor allem für Autos und Autoteile, Maschinen, Pestizide, Arznei- und Lebensmittel wie alkoholische Getränke und Milcherzeugnisse.

Konzerne des Mercosur rechnen mit erweiterten Absatzmärkten für Agrarprodukte wie Rind- und Geflügelfleisch, Ethanol, Soja, Zellstoff, Kaffee und Orangensaft, aber auch für mineralische Rohstoffe wie Eisenerz, Bauxit, Kupfer und Lithium.

Darüber hinaus erleichtert das Abkommen Unternehmen aus der EU den Handel mit Dienstleistungen in den Ländern des Mercosur. Auch erhalten Anbieter aus der EU Zugang zum Beschaffungswesen der Mercosur-Staaten, d.h. sie können sich

EU 28: Warenverkehr mit dem Mercosur 2019	Importe in Mrd. €	Exporte in Mrd. €
insgesamt	35,891	41,252
Primärprodukte insbesondere: Lebensmittel u. Rohmaterialien Erze, andere Mineralien	26,437 19,596 4,713	5,105 2,409 0,078
Industrie-Erzeugnisse insbesondere: Chemikalien u.ä Maschinen u. Transportmittel	8,650 2,555 2,798	34,482 10,906 17,095

Quelle: https://webgate.ec.europa.eu/.../region/details_mercosur-4_en.pdf Ausverkauf unserer Zukunftsgestaltung

an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen und werden dabei lokalen Unternehmen gleichgestellt.

Das Abkommen gefährdet Umwelt und Klima, Menschenrechte, die bäuerliche Landwirtschaft und die Diversifizierung der Wirtschaft, und das bereits, obwohl es kein Kapitel zu Investitionen und deren Schutz durch Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten beinhaltet.

Mit dem Abkommen werden die bereits bestehenden Handelsströme zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken erheblich anschwelen, der zunehmende Transport zu See, Luft und Straße beschleunigt den Klimawandel.

Schon jetzt ist Deutschland der größte Exporteur von Autos und Autoteilen in den Mercosur. Die Zollsenkungen begünstigen jene Branchen, die zu den größten Treibern der Klimakrise gehören.

Mit dem Import von Industriegütern aus der EU ist im Mercosur ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden, allein in Argentinien können 186.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Damit zerstört das Abkommen die regionale Wertschöpfung und den Ausbau einer eigenen vielfältigen Wirtschaft.

Das Agrobusiness des Mercosur steigert mit dem Abkommen seine klimaschädlichen Exporte und verfestigt damit ein Landwirtschaftssystem, das auf großflächige Monokulturen, Gentechnik und massiven Einsatz von Pestiziden setzt. Letztere werden vorrangig von den deutschen Konzernen Bayer und BASF hergestellt und sind teilweise so gesundheitsschädlich, dass sie für die EU nicht zugelassen wurden. Bäuerliche Betriebe beiderseits des Atlantik sind durch dieses Landwirtschaftsmodell in ihrer Existenz bedroht.

Der Flächenverbrauch durch die Ausweitung von Weiden und Äckern schädigt den Regenwald Amazoniens, die Wälder des Pantanal, des Gran Chaco und weitere wertvolle Ökosysteme des Mercosur. Die Naturzerstörung trägt dazu bei, die biologische Vielfalt dieser Gebiete zu vernichten, neue Pandemien auszulösen und den Klimawandel anzuheizen.

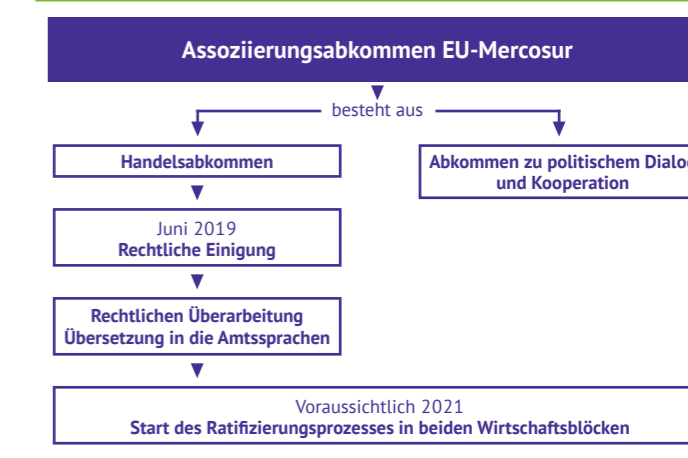
Mit der Schrumpfung der Wälder sind auch die Lebensgrundlagen und das Leben von Kleinbäuerinnen, lokalen Gemeinschaften und Indigenen bedroht. Im Jahr 2017 kam es in Brasilien zu 70 Morden an Menschen, die sich gegen das vordringende Agrobusiness verteidigt hatten.

Dabei garantiert die brasilianische Verfassung Indigenen Landrechte und die Ausweisung von Schutzgebieten. Darüber hinaus hat Brasilien die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) »über Eingeborene und in Stämmen lebende Völker« ratifiziert. Dort heißt es u. a., dass Aktivitäten auf dem Territorium von Indigenen, also Infrastrukturprojekte, Holzeinschlag, Bergbau und Umwandlung in Acker- oder Weideland, nur nach »freier, vorheriger und informierter Zustimmung« durchgeführt werden dürfen.

Bereits im Wahlkampf 2018 äußerte Präsident Bolsonaro, dass »es keinen Zentimeter indigenes Gebiet *mehr* geben« werde, wenn er Präsident sei. Regenwald zählt für ihn nur, soweit sich dessen Potenzial wirtschaftlich ausbeuten und profitabel verwerten lässt.

Das Abkommen enthält ein Kapitel zu »Handel und Nachhaltigkeit«. Verstößt ein Vertragsstaat gegen seine hier aufgeführten Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen oder anderen internationalen Abkommen zu Umweltschutz, Menschen- oder Arbeitsrechten, so finden ausschließlich Konsultationen statt; Strafmaßnahmen sind nicht vorgesehen, denn von der Streitschlichtung zwischen den Vertragsparteien ist das Kapitel ausgenommen – es bleibt ein Papiertiger.

Auch durch das dem Handelsteil übergeordnete Assoziierungsabkommen sind Klima und Umwelt nicht geschützt, denn Klima- und Umweltschutz werden dort nicht als »wesentliches Element« benannt. Menschenrechte dagegen sind ein »essential element«, d.h. bei einer Menschenrechtsverletzung durch eine Vertragspartei wäre die andere zu sofortigen »angemessenen Maßnahmen« berechtigt; sie könnte das Abkommen teilweise oder als letztes Mittel vollständig aussetzen. Ob diese Klausel jemals für eine Klage angewendet würde, ist höchst fraglich, wären dadurch doch die Vergünstigungen aus dem Freihandelsvertrag beeinträchtigt; diese stehen für beide Wirtschaftsblöcke an erster Stelle.



Das Freihandelsdogma der EU: Profitinteressen vor Menschenrechten und Klimaschutz

Die Ideologie des Freihandels ist der Kern der EU-Außenhandelsstrategie. Daran hat sich auch durch die Erfahrungen in der Klimakrise und der Pandemie nichts geändert. Im Interesse ihrer Konzerne setzt die EU verstärkt auf das alte Wachstumsmodell mit der Erweiterung und Liberalisierung internationaler Warenmärkte sowie der Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen, insbesondere der öffentlichen Dienstleistungen – auch wenn dadurch Regeln zum Schutz von Mensch und Umwelt abgebaut, die demokratische Rechtsstaatlichkeit untergraben und Rechte der Parlamente ausgehebelt werden.